



Demonstration 10. Juni auf der Mariahilfer Straße Bild: IVB

Selbst aktiv werden gegen Kürzungspolitik und Sozialabbau

Das Bündnis Solidarischer Widerstand gegen Sozialabbau

von Axel Magnus

Herbst 2025, Wien: Im Sozialbereich drohen massive Kürzungen und der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze sowie von Angeboten für Menschen, die es ohnehin nicht leicht haben: Suchtkranke, Behinderte, Frauen, Jugendliche, zur Flucht Gezwungene und viele mehr. Viele Beschäftigte wollen sich das nicht gefallen lassen und schließen sich zusammen. Ein Bündnis entsteht und protestiert gegen die Budgetpolitik der Wiener Stadtregierung. Seither ist viel geschehen.

Zuerst mal ist das Bündnis gewachsen. Mittlerweile besteht dieses außerdem aus Einrichtungen aus dem Kulturbereich, gewerkschaftlichen Basisinitiativen, Betriebsräten, NGOs, linken Gruppen und Organisationen sowie auch solchen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung. Dann wurden ein öffentlicher Auftritt auf Facebook und Instagram sowie eine Website ins Leben geru-

fen. Und seither gab es weitere Proteste: gegen das Bundesbudget, aber auch zu einzelnen Themen wie etwa der Kürzung bzw. Streichung der Mindestsicherung für subsidiär Schutzberechtigte oder das Alkoholverbot im öffentlichen Raum rund um den Wiener Westbahnhof. Ebenso gab es eigene inhaltliche Veranstaltungen für Basisgewerkschafter*innen und Kooperationen bei Veranstaltungen von anderen, etwa im Rahmen des Klimacamps in Wien.

Daran zeigt sich, dass wir den Begriff Sozialabbau mittlerweile sehr breit interpretieren – über den engen Sinn des Wortes hinaus zu Kürzungen im Kulturbereich und zum Kampf gegen die Klimakatastrophe bis zu dringend notwendigen Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg.

Derzeit arbeitet das Bündnis an einer österreichweiten Vernetzung mit Initiativen in den Bundeslän-

dern, die zu einem gemeinsamen Kampf für den Sozialstaat führt, den wir brauchen. Und wir planen im Herbst eine österreichweite Konferenz, auf der einerseits in der Tiefe analysiert werden soll, was es mit diesen Budgets auf unsere Kosten auf sich hat, und andererseits erarbeitet werden soll, wie der Widerstand dagegen breiter und koordiniert werden kann.

Warum überhaupt?

Die Bundesregierung hat sich einer Sanierung des Staatshaushalts durch Sparpolitik und Rückbau des Sozialstaats verschrieben, während gleichzeitig Abermilliarden für Aufrüstung verschwendet werden. Das Sparpaket von mindestens 54 Milliarden ist das größte der 2. Republik und wird erst der Anfang sein, wenn wir das nicht verhindern.

Die anhaltende Teuerung, zu niedrige Lohn- und Gehaltsabschlüsse sowie die steigende Arbeitslosigkeit



drücken zusätzlich massiv auf unsere Lebensverhältnisse. Rassismus, wie etwa das geplante Kopftuchverbot, Sündenbockpolitik und imperialistische Kriegsgelüste werden geschürt, um von den sozialen Angriffen abzulenken und uns zu spalten.

Kürzungen und Verschlechterungen im Pensions-, Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystem treffen uns ebenso wie Gebührenerhöhungen, Leistungskürzungen und Um- oder Ausgliederungen kommunaler Einrichtungen und Projekte sowie personelle Kahlschläge. Der Stabilitätspakt des Bundes nimmt die bereits unterfinanzierten Kommunen und Bundesländer noch stärker an die Kandare. Zugleich wird inmitten der Klimakrise im öffentlichen Verkehr gespart, während fossile Megaprojekte vorangetrieben werden.

Wie?

Bei regelmäßigen Plena ca. alle zwei Wochen werden die gemeinsamen Linien festgelegt und künftige Aktionen beschlossen. Die konkrete Arbeit erfolgt dann zumeist in Arbeitsgruppen. Dabei gelten folgende Prinzipien:

- ◇ Widerstand gegen alle Formen von Sozialkürzungen.
- ◇ Widerstand gegen schlechte Kollektivvertragsabschlüsse & Lohnraub. Solidarität mit kämpferischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.
- ◇ Widerstand gegen die Teuerung und Forderung nach effektiven Maßnahmen wie amtlichen Preisfestlegungen.
- ◇ Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegstreiberei. Wir sind ein antiimperialistisches Bündnis.
- ◇ Wir sind gegen Rassismus, Sexismus und alle sonstigen Formen von Unterdrückung.

Gleichzeitig hat unser Bündnis erkannt, dass 'nur' gegen etwas zu sein nicht reicht. Daher haben wir von Anfang an gesagt, wie der solidarische Staat, den wir brauchen, aus unserer Sicht finanziert werden kann.

Eine Reform der Grundsteuer, eine Vermögenssteuer ab einer Million Euro Nettovermögen, eine progressive Erbschaftssteuer, eine Rückkehr zur früheren Körperschaftssteuer sowie ein Solidarbeitrag für Spitzenverdiener*innen würden zusammen rund 17 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Einnahmen bringen. In Städten und Gemeinden ließe sich viel Geld über eine Erhöhung der Grundsteuer, Leerstands- und Zweitwohnsitzabgaben, Umwidmungszuschläge auf Grundstücksspekulation und Citymauten, sowie durch den Stopp sündteurer und unsozialer wie unökologischer Prestigeprojekte und Infrastrukturvorhaben lukrieren.

Budgetkritik

Aktuell beschäftigt sich das Bündnis vor allem mit dem Bundesbudget. Dieses verteilt um. Allerdings in die falsche Richtung. Es trifft über drei Viertel der Haushalte, während eine echte Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, von Konzernprofiten und Spekulationsgewinnen sowie Übergewinnen noch immer ein Tabu ist.

Konkret kritisieren wir, dass die mikroskopische Erhöhung der Körperschaftssteuer ab einem Gewinn von einer Million um 1% viel zu gering ausfällt. Schließlich lag diese vor dem EU-Beitritt im Gegensatz zu den ab 2027 für diese Betriebe geltenden 24% noch bei 55%. Gleichzeitig werden die im Budget vorgesehenen Maßnahmen jeden Haushalt im Schnitt mit 277 Euro netto belasten. Die stärksten Einbußen gemessen am Einkommen werden ärmere Haushalte, Geringverdiener*innen und Menschen mit mittleren Einkommen erleiden.

Besonders dramatisch für Geringverdiener*innen ist, dass künftig wieder alle Beschäftigten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen müssen. Zwei Drittel der über 900.000 davon betroffenen Beschäftigten sind Frauen. Diese ohnehin schon in Niedriglohnssektoren, prekären Jobs und (Zwangs-)Teilzeitarbeitenden büßen bis zu 630 Euro im Jahr ein, was weitaus mehr ist als die Senkung der Mehrwertsteuer, die ja gerade sie entlasten sollte.

Zusätzlich gibt es durch die Kürzung der Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds ab 2028 noch eine versteckte Lohnkürzung. Mit rund 2 Milliarden Euro im Jahr ist diese der mit Abstand größte Einzelposten im Doppelbudget und noch ein weiteres Geschenk an die Unternehmen. Da eine Reihe von Maßnahmen wie beispielsweise die Verlängerung der Bankenabgabe nur befristet ist, bedarf es ab 2029 neuer „Umschichtungen“ in Höhe von 600 Millionen Euro, um diese Erhöhung der Konzerngewinne auf unsere Kosten ausgleichen zu können, wenn nicht tatsächlich bei den Leistungen gekürzt werden soll.

Reichlich Geld fließt hingegen in Militär und Aufrüstung. Bis 2032 soll ein Militärbudget von über 12 Milliarden Euro pro Jahr erreicht werden. Schon 2027 wird dieses die Grenze von 5 Milliarden Euro überschreiten, was ein höherer Anteil am BIP ist als in den Hochphasen des Kalten Krieges. Die milliarden-schweren Sonderbudgets wie die 17 Milliarden für den „Aufbauplan 2032+“, die 4 Milliarden für die Anschaffung von Angriffswaffen in Form von Langstreckenraketen, Drohnen und neue Abfangjäger um weitere 10 Milliarden sind darin noch gar nicht enthalten. Der letztes Jahr verstorbene Papst Franziskus hat dazu kurz vor seinem Ableben gesagt: „Ich schäme mich für die Staaten, die die Militärausgaben auf zwei Prozent anheben, sie sind verrückt!“.



Abermals wird auch der Sozialhilfe zu Leibe gerückt. Nicht zuletzt offen rassistisch auf Kosten subsidiär Schutzberechtigter. Dabei macht der Anteil der Sozialhilfe am Budget gerade mal 0,44% aus. Wer Österreich kennt, weiß, dass Kürzungen bei Flüchtlingen später für alle umgesetzt werden.

Ganz nebenbei wird 2027 auch das gerade einmal 0,5% des Bundeshaushalts ausmachende Kulturbudget um 3,3% sinken, was vor allem die ohnehin prekär finanzierte freie Kulturszene treffen wird.

Das Doppelbudget 2027/28 ist außerdem ein klimapolitisches und ökologisches Desaster. Erneut sollen gerade in diesem Bereich enorme Einsparungen erfolgen, wie z.B. beim Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel etwa durch Einsparungen von 500 Millionen bei der ÖBB. Dabei ließen sich allein durch den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen jährlich bis zu 5,7 Milliarden Euro an fossilen Fehlförderungen einsparen.

Fazit: Superreiche und Konzerne tragen letztlich nichts zur von ihnen selbst geforderten Sanierung des Staatshaushaltes bei. Tatsächlich müssen also im Gegensatz zu den schönen Sprüchen der Regierung nicht „alle ihren Beitrag zur Budgetsanierung leisten“. Wie vor diesem Hintergrund auch nur von einer „ausgewogenen“ oder gar „einigermaßen fairen“ Budgetkonsolidierung gesprochen werden kann, bleibt fraglich. Oder handelt es sich vielleicht gar schlicht und einfach um Fake News im Interesse des Kapitals?

Alternativen

Statt eines sozialen Kahlschlags braucht es in Wirklichkeit deutlich mehr Geld für Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, die Unterstützung von zur Flucht gezwungenen Menschen, Gewaltschutz, die ökologische Transformation der Wirt-



Bild: IVB

Demonstration 10. Juni auf der Mariahilfer Straße

schaft inklusive besserer Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen und vieles mehr.

Als Bündnis Solidarischer Widerstand gegen Sozialabbau treten wir daher für folgende Maßnahmen ein:

- ◇ ein Nullbudget für Aufrüstung
- ◇ den sofortigen Stopp unökologischer Verkehrsprojekte für den Individualverkehr und die Umwidmung der dafür vorgesehenen Mittel für einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dessen kontinuierliche Verbilligung bis er schließlich wie z.B. in Luxemburg gratis ist
- ◇ die Einführung einer progressiven Vermögens- und Erbschaftssteuer
- ◇ die Abschaffung des Steuerprivilegs für Kapitaleinkommen – diese wie z.B. Gewinne oder Einkommen aus Privatstiftungen müssen genauso wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden

- ◇ einen Krisenkonsolidierungsbeitrag für Spitzenverdiener*innen
- ◇ die vollständige Abschöpfung von Über- und Spekulationsgewinnen

Axel Magnus ist Sozialwissenschaftler und Gewerkschafter, langjähriger Betriebsrat und seit Jahrzehnten politisch aktiv – derzeit u.a. im Bündnis Solidarischer Widerstand gegen Sozialabbau

Mehr Infos unter <https://sowiso.at/>

